Was China will

Plädoyer für einen anderen Blick auf die neue Großmacht

Von allen Veränderungen, mit denen die heutige Weltordnung konfrontiert ist, ist der Aufstieg Chinas eine der bedeutendsten. Steven Langendonk und Matthew D. Stephen stimmen nicht ohne Weiteres in den Chor der Kritiker des straff regierten Landes ein. Sie analysieren Erkenntnisse der aktuellen China-Forschung und entwerfen ein differenziertes Bild von den Ideen und Ambitionen der asiatischen Großmacht.

Steven Langendonk und Matthew D. Stephen

Was für eine Weltordnung will China? Viele betrachten das größer werdende Selbstbewusstsein des Landes und seine wachsenden Ambitionen mit Besorgnis. In einer Rede über die Beziehungen zwischen der EU und China im Jahr 2023 warnte Ursula von der Leyen, die Präsidentin der Europäischen Kommission, das klare Ziel der Kommunistischen Partei Chinas sei ein „systemischer Wandel der internationalen Ordnung mit China im Zentrum". Sie charakterisierte Chinas Diplomatie in multilateralen Institutionen als Ausdruck der Entschlossenheit, eine alternative Vision von Weltordnung zu fördern: „... eine Vision, in der individuelle Rechte der nationalen Sicherheit untergeordnet sind, in der Sicherheit und Wirtschaft Vorrang vor politischen und bürgerlichen Rechten haben." In ähnlicher Weise stellte Friedrich Merz in einer Rede vor der Körber-Stiftung in Berlin im Januar 2025 China und Russland als Anführer eines neuen Systemkonflikts zwischen liberalen Demokratien und „antiliberalen Autokratien" dar – Autokratien, die sich aggressiv gegen die seit dem Zweiten Weltkrieg bestehende multilaterale Ordnung stellten. Solche Äußerungen liegen ganz auf der Linie der USA, die China bereits 2017 als „revisionistische" Macht eingestuft haben.

Immer häufiger wird China als existenzielle Herausforderung für die derzeitige Weltordnung dargestellt. Aus unserer Perspektive ist das jedoch eher politische Panikmache als das Ergebnis einer nüchternen Analyse. In einigen Bereichen fordert China tatsächlich die aktuelle internationale Ordnung heraus, doch finden wir kaum Anhaltspunkte für die Einschätzung, dass diese Herausforderung größer ist als die durch andere revisionistische Mächte, darunter auch die Vereinigten Staaten, wie sie sich derzeit präsentieren. Zudem unterscheiden sich Chinas Ambitionen je nach Politikfeld deutlich, ebenso wie seine Spielräume, sie zu verwirklichen.

Aufgrund seines wachsenden globalen Einflusses ist die Frage, welche Weltordnung China anstrebt, zu einer der entscheidenden Fragen unserer Zeit geworden. Forschende der Internationalen Beziehungen haben mit verschiedenen Methoden versucht, Chinas Ziele zu entschlüsseln. Einige betrachten Chinas autoritär-kapitalistische innenpolitische und wirtschaftliche Ordnung und ziehen daraus Schlüsse für sein Agieren auf der internationalen Ebene. Andere leiten seine Präferenzen aus theoretischen Argumenten über seine Position im internationa-

Steven Langendonk ist Postdoktorand am Lehrstuhl für Internationale Politische Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Er forscht zu Praxis und Geschichte der chinesischen Diplomatie und Narrativen in internationalen Beziehungen.
langends@hsu-hh.de
Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

len System ab. Wir sind der Meinung, dass ein genaueres Bild gewonnen werden kann, wenn man Chinas bisheriges Handeln empirisch betrachtet. Dabei konzentrieren wir uns auf zwei Aspekte: das, was China sagt (also seine Vision einer Weltordnung), und das, was China tut (also sein Verhalten in internationalen Zusammenhängen).

Zunächst können wir feststellen, dass Chinas Vision einer Weltordnung in den vergangenen zehn Jahren immer klarer geworden ist. Heute strebt China nach dem, was es als „Diskursmacht" bezeichnet: nach der Fähigkeit, globale Narrative zu prägen. Chinas Vision baut auf vielen Elementen der bestehenden Ordnung auf, betont jedoch einige Aspekte und stellt andere in den Hintergrund. Je mehr Kontrolle Xi Jinping über die Kommunistische Partei Chinas gewann, desto ehrgeiziger wurden die Visionen der Regierung für eine internationale Ordnung. Ende 2012 stellte die chinesische Führung das Seidenstraßen-Projekt („Belt and Road Initiative") vor und formulierte die Idee einer „Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft für die Menschheit" als neue normative Vision. Zwar betreibt China nach wie vor Realpolitik und stützt sich auf bilaterale Beziehungen, doch präsentiert es sich nun auch öffentlich als Hüter der bestehenden Ordnung und Verfechter eines „echten Multilateralismus". Das lässt sich als verdeckte Kritik an dem verstehen, was China als den dominanten Ansatz der Vereinigten Staaten gegenüber multilateraler Kooperation betrachtet.

China ignoriert liberale Ideale wie Menschenrechte, freie Märkte und konstitutionelle Regierungsformen weitgehend. Die Idee der „Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft" betont stattdessen Werte wie Frieden, Zusammenarbeit, Harmonie, Entwicklung, Inklusion und gegenseitigen Respekt. Solche Ideen werden leicht als leere Rhetorik abgetan. Sie finden aber bei vielen Menschen auf der ganzen Welt Anklang, insbesondere bei denen, die Chinas Kritik an der Hegemonie bestimmter Länder und an der Doppelmoral des Westens teilen. Eine Neugestaltung globaler Normen würde China helfen, seine Legitimität zu stärken und Koalitionen mit anderen Staaten im Globalen Süden zu bilden. Allerdings kann China selbst wegen Doppelmoral kritisiert werden: Die Rhetorik von Zusammenarbeit und Harmonie wird durch sein Verhalten im Südchinesischen Meer oder in der Taiwanstraße in Frage gestellt, und die Forderung nach unteilbarer Sicherheit steht in keinem Verhältnis zu Chinas Toleranz gegenüber der Aggression Russlands gegen die Ukraine.

Es lohnt sich, China nicht einfach als existenzielle Bedrohung für die internationale Ordnung darzustellen, sondern sein tatsächliches Verhalten in internationalen Zusammenhängen zu untersuchen. In den letzten Jahren haben Forschende ein zunehmend differenziertes und empirisch fundiertes Bild von Chinas Verhalten in der globalen Ordnung gezeichnet. In manchen Bereichen entspricht Chinas Verhalten unbestreitbar dem Bild der Skeptiker, die China als Herausforderer und Bedrohung für etablierte Regeln und liberale Normen sehen. Man muss aber auch sehen, dass Chinas Verhalten an anderen Stellen die bestehende Ordnung stützt und vertieft.

Mit seinem Verhalten untergräbt China zum Beispiel die Idee der universellen Menschenrechte. Da China hier zunehmend internationaler Kritik ausgesetzt ist – insbesondere wegen seines Umgangs mit der ethnischen Minderheit der Uiguren in Xinjiang –, setzt es verstärkt darauf, die internationale Menschenrechtsagenda mitzugestalten. In den letzten Jahren hat es versucht, der Kritik etwas entgegenzusetzen, indem es politische und bürgerliche Rechte durch das „Recht auf Entwicklung" als grundlegendes Menschenrecht ersetzt hat. In

Funkstationen, als Kiefern getarnt, bei den Olympischen Winterspielen in Peking, Februar 2022.
Foto: © Sebastian Wells/OSTKREUZ, alle Rechte vorbehalten.

Matthew D. Stephen ist Professor für Politikwissenschaft, insbesondere Internationale Politische Ökonomie, an der Helmut-Schmidt-Universität/ Universität der Bundeswehr Hamburg und Gastwissenschaftler am WZB in der Abteilung Global Governance. ***stephenm@hsu-hh.de***

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

den entsprechenden Gremien der Vereinten Nationen führt China die „souveränistische" Bewegung an, die individuelle Rechte staatlicher Entscheidungsgewalt unterordnet. Unabhängige Stimmen aus der Zivilgesellschaft werden so geschwächt, der Einfluss staatlich unterstützter Nichtregierungsorganisationen wird gefördert. Obwohl sein Einfluss in den Sekretariaten der UN-Menschenrechtsgremien nach wie vor begrenzt ist, wird China von vielen Entwicklungsländern unterstützt. Untersuchungen zeigen sogar, dass Länder, die an von China geführten internationalen Organisationen beteiligt sind, in ihren UN-Menschenrechtsberichten wohlwollender über China sprechen. Es bleibt abzuwarten, ob China sein Ziel, die wirtschaftliche Entwicklung in den Mittelpunkt zu stellen, erreichen wird. Die Inkonsistenzen in der Menschenrechtspolitik vieler westlicher Länder – zuletzt besonders deutlich im Zusammenhang mit Israels Vorgehen im Gazastreifen – zeigen jedoch, dass die Herausforderungen für robuste Menschenrechtsnormen nicht allein von China oder dessen Verbündeten ausgehen.

Im System der globalen Sicherheit, in dessen Zentrum immer noch die Vereinten Nationen stehen, wird die Rolle Chinas wichtiger. Sein zunehmendes Engagement steht im Widerspruch zur verbreiteten Darstellung Chinas als Zerstörer des Multilateralismus. Wissenschaftler verweisen auf die Präsenz des Landes im UN-Sicherheitsrat, wo es immer entschiedener sein Vetorecht ausübt – in der Regel Seite an Seite mit Russland. Seit einigen Jahren wird Chinas Politik im UN-Sicherheitsrat zunehmend im Narrativ einer „Globalen Sicherheitsinitiative" formuliert. Diese Ambitionen werden durch Finanzierung sowie Truppen für Friedensmissionen untermauert. Gleichzeitig vermeidet es China jedoch, bei wichtigen Resolutionen eine führende Rolle einzunehmen, und chinesische Staatsangehörige haben bisher keine Spitzenpositionen in der Sicherheitspolitik der UN bekleidet.

Was erklärt diese Diskrepanz zwischen der Unterstützung für Sicherheits-Governance und der begrenzten Teilnahme an ihrer Umsetzung? Abgesehen von der anhaltenden Dominanz der westlichen Mächte USA, Großbritannien und Frankreich in diesem Bereich wäre eine Deutung, dass Chinas Ansatz zur Sicherheits-Governance weniger auf roher Macht basiert, sondern vielmehr darauf, wie es wahrgenommen werden möchte. Chinas Unterstützung für die Friedenssicherung der UN dient nicht nur dem Erreichen strategischer Ziele, sondern ebenso der Stärkung seines globalen Images. Dies mag nicht das Verhalten eines überzeugten Multilateralisten sein, aber es ist auch nicht das Verhalten einer revisionistischen Macht, die es darauf anlegt, das System zu untergraben.

In einer Zeit, in der die Vereinigten Staaten das nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Handelssystem ablehnen und allen Partnern Handelskriege erklärt haben, dürfte es ebenso schwerfallen, China als den größten Störer in der globalen Wirtschaftsordnung darzustellen. Tatsächlich hat es ein echtes Interesse daran, die Institutionen der Wirtschaftsordnung aufrechtzuerhalten – haben sie doch seinen erstaunlichen Aufstieg ermöglicht. China will von internationalen Wirtschaftsinstitutionen wie der Welthandelsorganisation und der Weltbank zwei Dinge: Einfluss in einem Umfang, der seiner wirtschaftlichen Größe entspricht, und weiterhin Zugang zu den Weltmärkten. China verfolgt eine Art strategischen Merkantilismus: Es nutzt staatliche Kontrolle, um nationale Champions aufzubauen und Wirtschaftssektoren strategisch zu dominieren. Diese Strategie unterscheidet sich nicht wesentlich von den Praktiken anderer aufstrebender Wirtschaftsmächte in der Vergangenheit wie den USA, Japan oder der Europäischen Union. Entgegen den Befürchtungen des Westens zielen

neue chinesische Initiativen wie die Asiatische Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) und das Seidenstraßenprojekt nicht darauf ab, an die Stelle des globalen Finanzsystems zu treten. Die AIIB beispielsweise ähnelt stark bestehenden Institutionen und scheint eher darauf ausgerichtet zu sein, Chinas Status zu stärken oder Einfluss für Reformen zu gewinnen. Die Seidenstraße hingegen ist weniger eine formelle Institution als vielmehr eine breit angelegte, flexible Strategie, unterschiedlich je nach Land und Projekt. Forscher sagen, es gehe eher um Einfluss – sowohl im Inland als auch im Ausland – als um einen klaren, von oben vorgegebenen Wirtschaftsplan. Behauptungen über eine gezielte „Schuldenfallen-Diplomatie" sind eindeutig widerlegt worden.

Chinas begrenzt revisionistische Position im Handelsregime wird noch deutlicher, wenn man seine doppelte Identität betrachtet: Es ist große Wirtschaftsmacht und Entwicklungsland zugleich. In globalen Verhandlungen über den digitalen Handel bewegt es sich auf einem schmalen Grat – es schützt seine heimische Technologiepolitik und fördert gleichzeitig seine Tech-Giganten im Ausland. Hier beschreibt die Forschung, wie sich Chinas Allianzen je nach Thema verschieben und manchmal Entwicklungsländer unterstützen, manchmal aber auch mit dem Westen zusammenarbeiten. Letztendlich passt Chinas wirtschaftliches Verhalten nicht in das Schema einer Konfrontation – es spricht vielmehr für eine Mischung aus Pragmatismus, Eigeninteresse und dem Wunsch nach globaler Anerkennung.

Wie diese Beispiele zeigen, sind die Ängste des Westens und die Bestrebungen Chinas weit von dem entfernt, was in der Praxis der Global Governance stattfindet. Wie andere Mächte auch ist China gezwungen, innerhalb der Grenzen der bestehenden Weltordnung zu agieren. Veränderungen können also nur nach und nach und nicht umfassend erfolgen. Damit sollen die besorgniserregenden Entwicklungen in den globalen Debatten über Menschenrechtsnormen nicht heruntergespielt werden. Auch wollen wir nicht in Abrede stellen, dass der wachsende Einfluss Chinas die Position der westlichen Länder negativ beeinflussen kann. Angesichts zahlreicher bewaffneter Konflikte und des vermehrten Auftretens „starker Männer" zeichnet sich aber insgesamt das Bild einer globalen Ordnung am Abgrund ab.

Wir raten zu einem differenzierten Blick auf China. Will man ein Gleichgewicht erreichen, ist jeder Weg zweifellos mit erheblichen Herausforderungen verbunden – nicht zuletzt wegen Chinas Rolle bei der Unterstützung von Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine und wegen des konfrontativen Kurses der Vereinigten Staaten.

Literatur

Johnston, Alastair Iain: „China in a World of Orders: Rethinking Compliance and Challenge in Beijing's International Relations". In: International Security, 2019, Jg. 44, H. 2, S. 9-60. DOI: 10.1162/isec_a_00360.

Kim, Hyunkyu/Park, Sanghoon: „Expanding China's Influence via Membership: Examining the Influence of Chinese-Led International Institutions on Responses to Human Rights Issues in China". In: Journal of Chinese Political Science, 2024, Jg. 30, H. 2. DOI: 10.1007/s11366-024-09886-2.

Langendonk, Steven: „Multilateralismus in Chinas Außenbeziehungen: Ein normativ-rhetorisches Instrument zur Überzeugung und Systemreform. In:

Di Carlo, Ivano (Hg.): EU–China Relations at a Crossroads, Vol. I: Looking for a New Modus Vivendi, 29.06.2022. Online: https://epc-web-s3.s3.amazonaws.com/content/PDF/2022/EU-China_Think-Tank_Compendium.pdf (Stand 26.08.2025).

Stephen, Matthew D.: „China and the Limits of Hypothetical Hegemony". In: Security Studies, 2024, Jg. 33, H. 1, S. 152–159. DOI: 10.1080/09636412.2023.2259801.

Stephen, Matthew D.: „China's New Multilateral Institutions: A Framework and Research Agenda". In: International Studies Review, 2021, Jg. 23, H. 3, S. 807-834. DOI: 10.1093/isr/viaa076.

Der Text ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/